

# SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/65

3. April 1974

Mehr Frauen in die Parliaments

-----  
ASF-Vorstand legt Fragenkatalog für Landtagskandidaten vor

Von Dr. Anke Riedel-Martiny MdB  
Bundevorstandemmitglied der Arbeitsgemeinschaft  
sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Seite 1 / 42 Zeilen

Neue Sorgen für die "Union"

-----  
Brandts Positionspapier verunsichert die CDU/CSU

Seite 2 / 41 Zeilen

Gute Chancen für den innerdeutschen Sport

-----  
Die CDU/CSU schätzte die Lage total falsch ein

Von Manfred Wende MdB  
Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

Seite 3 und 4 / 82 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

-----  
Die zehn Punkte des Parteivorsitzenden

Seite 5 bis 9 / 207 Zeilen

**Mehr Frauen in die Parlamente!**  
-----

**ASF-Vorstand legt Fragenkatalog für Landtagskandidaten vor**

**Von Dr. Anke Riedel-Mertiny MdB**

**Bundesausschussmitglied der Arbeits-  
gemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)**

Im Deutschen Bundestag sitzen derzeit prozentual weniger weibliche Abgeordnete als im ersten deutschen Reichstag 1919, und in allen Landtagen stellen die Frauen gleichfalls Minderheiten extremen Ausmaßes dar. Dieses traurige Kapitel nicht verwirklichter Chancengleichheit war für den im März 1973 erstmals gewählten Bundesvorstand der ASF Anlaß genug, auf die Aufstellung von Landtagskandidaten in allen Bundesländern Einfluß ausüben zu wollen.

Der ASF-Bundesvorstand forderte in gesonderten Schreiben alle Bezirksvorstände der SPD auf, weibliche Kandidaten in ausreichendem Maß zu berücksichtigen (schon um nicht Ärger dazustehen als die Konservativen, wenn es in dieser Frage etwa an der eigenen Überzeugung fehlen sollte!); außerdem wurden alle Unterbezirke um Auskünfte darüber angegangen, wie es mit weiblichen Kandidaten bei ihnen in Vergangenheit und Gegenwart bestellt sei. Die Ergebnisse waren erschreckend, sowohl quantitativ als auch qualitativ, weil weibliche Kandidaturen immer seltener zu werden scheinen und weil sie von den Politik treibenden Männern nur sehr oberflächlich und undifferenziert betrachtet werden. Politische Anliegen der Frauen stellen in der Diskussion der SPD nach wie vor nur Randprobleme dar.

Dies alles hat nun zur Vorlage eines umfangreichen Papiers mit dem Titel "Mehr Frauen in die Parlamente!" geführt. Die Vorlage hat drei Ziele: 1/ will sie mehr Frauen zur Kandidatur befähigen und die ASF als weibliche "pressure-group" motivieren; 2/ soll sie dazu anregen, in den örtlichen Arbeitsgemeinschaften sozialdemokratischer Frauen Veranstaltungen durchzuführen, die mögliche Bewerber um eine Landtagskandidatur mit den gesellschaftspolitischen Forderungen der ASF für Frauen und Familien konfrontieren und darauf hinwirken, daß nur solche Kandidaten aufgestellt werden, die diese Forderungen unterstützen; 3/ will sie erreichen, daß die ASF-Gruppen sich anhand einer konkreten Aufgabe - Kandidatenaufstellung - über ihre politischen Ziele klar werden und ihr Selbstverständnis als politisch agierende Frauen reflektieren. Das Papier bietet "Prüfsteine" zu den drei Bereichen "A. Frau und Familie, B. Bildungssituation der Frau, C. Berufstätigkeit der Frau". Daran schließen sich "Fragen an die Kandidaten" zu den drei Komplexen an, sowie ein Anhang mit wichtigen statistischen Informationen.

Die Absicht des vorgelegten Arbeitspapiers ist erklärtermaßen, "pauschale und zu nichts verpflichtende Aussagen der Kandidaten" zu vermeiden. Denn: "Frauen sind in unserer Gesellschaft generell benachteiligt und befinden sich in Alibi-Funktionen. Darum können sie politisch nur mit solchen Kandidaten zusammenarbeiten, die die Benachteiligungen und ungleichen Chancen überwinden und Unterprivilegierung allgemein aufheben wollen." Es ist eine offene Frage, wieviele dies sein mögen von jenen, die sich ihrer Privilegien so sichtbar freuen. (-/3.4.1974/bgy/pr)

+ + +

Neue Sorgen für die "Union"

Brandts Positionspapier verunsichert die CDU/CSU

Beobachter der politischen Bundesszene werden den 2. April 1974 in Erinnerung behalten. Mit der Vorlage des SPD-Positionspapiers durch den Parteivorsitzenden und Bundeskanzler Willy Brandt wird der atmosphärische Umschlag in Verbindung zu bringen sein, der für die Sozialdemokraten die Schlechtwetterperiode beendet. Anzeichen, die diese Prognose rechtfertigen, finden sich bereits bei den Auguren genug und - was wohl noch bedeutsamer ist - vor allem bestätigt die Reaktion des Gegners den Umschwung.

Mit dem ihm eigenen Gespür für politische Phänomene, die Stimmung machen, visitierte der CDU-Generalsekretär Prof. Dr. Kurt Biedenkopf zwei Punkte in Brandts Erklärung an, die ihm gefährlich erscheinen: Die notwendig gewordene Klarstellung, daß die SPD eine Partei der Mitte ist und die Feststellung, daß es die Sozialdemokraten sind, die für den sozialen Fortschritt und die Mündigkeit des Bürgers stehen.

Taktische Ungeschicklichkeiten, Eigenbrötelereien und auch Zeitströmungen, die zuweilen im Zustande brianter Unausgegorenheit in der Partei rumorten, haben in diesen Wochen manchen auf der Suche nach derlei Fakten ratlos gemacht. Willy Brandts Bemerkungen über das (für Sozialdemokraten) Selbstverständliche haben da vieles wieder zurechtgerückt - und Professor Biedenkopf sieht natürlich die Gefahr für sein Lager.

Etwas platter, plumper, wie man das von ihr erwartet, verliert die CSU diesen Gegenangriff. Auch hier ist die Feststellung, daß die SPD die Mitte hält, Hauptziel der Attacke. Für den Kanzler sei die Mitte immer dort, wo ihn "die Linken in seiner Partei" hintrieben, polemisiert der Strauß-Generalsekretär Tandler: Die "angebliche Volkspartei" sei "Lichtjahre" vom Volk entfernt. Am deutlichsten aber wird der Präsidiumsvorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU, Heinrich Köppler. Er erklärt keck, es genüge nicht, mit "verbalem Radikalismus zu beteuern", daß die SPD nicht die "Partei des Klassenkampfes" sei. Er verlangt vielmehr einen "neuen Status" der Sozialdemokraten. Am besten wohl den der Union...

Das würde die Sache einigen Leuten freilich erleichtern, die sich jetzt wieder arg verunsichert fühlen müssen: Die Sozialdemokratie nicht mehr bequemer als Bürgererschreck diffamieren, ihr andererseits aber auch nicht die Zähne als kämpferische demokratische Reformpartei ziehen zu können, ist für ein Gebilde wie die Union, aus dem auch ein Biedenkopf noch lange keine Partei des Volkes macht, ein Problem existentieller Art. Eine reaktionäre CDU/CSU kann nur über eine SPD, die sich selbst schwächt, nicht aber aus eigener Kraft Erfolge erringen. Das sollte sich in den nächsten Monaten herausstellen.

Claus Freller  
(-/3.4.1974/ks/pr)

+ + +

Gute Chancen für den innerdeutschen Sport  
-----

Die CDU/CSU schätzte die Lage total falsch ein

Von Manfred Wende MdB

Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

Seit die beiden deutschen Sportbünde nach wirkungsvoller Vorarbeit der Bundesregierung eine Vereinbarung über die Verbesserung der innerdeutschen Sportbeziehungen abgeschlossen haben, sind zunächst einmal die Dauerkritiker und sportpolitischen Alleskänner kleinlaut geworden. Eine Analyse der Entwicklung macht den Grund für diese Verhaltenweise deutlich. Während die Zielstrebigkeit der SPD und der Bundesregierung von der CDU/CSU - und nicht selten auch von konservativen Sportfunktionären - in den Bereich der Utopien gerückt wurde, faßte der Unterhändler der Bundesregierung, Staatssekretär Günter Gau, den bisherigen Ausgang der Sportverhandlungen so zusammen: "Das Ergebnis liegt vor. Ohne Illusionen, es ist ein gutes Ergebnis".

Auch Bundesminister Egon Bahr war wiederholt Verdächtigungen ausgesetzt, als ob er sportpolitische Berlin-Interessen preisgeben würde. "In diesem Sinne wird außerdem empfohlen, schnellstens - noch vor der Unterzeichnung des Grundvertrages - an den DTSB zu schreiben, damit einerseits die bestehende Möglichkeit flankierender Unterstützung, z.B. bei der Unterzeichnung des Grundvertrages, genutzt und andererseits ausgeschaltet werden kann, daß sich politische Emissäre dazwischen schieben können, die dann auf eigene Faust Sportpolitik des DSB machen. Diese Gefahr dürfte heute größer sein denn je", hatte es seltsamerweise in einer Präsidiumsvorlage des Deutschen Sportbundes geheißen. Dabei hatte es sich offenbar nicht um einen Einzelfall gehandelt, denn wenige Tage nach der Unterbrechung der Sportbundgespräche am 2. Juli 1973 in Magdeburg hatten politisch unbedarfte Sportfunktionäre in Frankfurt behauptet, der Sport hätte in Bundesminister Egon Bahr keinen angemessenen Anwalt. Eigenes Unvermögen, so mußte nach außen der Eindruck entstehen, versuchte man mit absolut unberechtigten Behauptungen zu überdecken. "Wochenenderklärungen zur Berlin-Frage durch Vertreter der Bundesregierung und der Regierungskoalition haben uns bisher nicht weiter geholfen. Wir wollen endlich Taten sehen", meinte schließlich der DSB-Präsident Dr. Wilhelm Kregel.

Der zweite Anwärter auf dem DSB-Präsidentenposten, der NRW-Innenminister Willi Meyer, war gelegentlich auch nicht gerade zurückhaltender. Selbst ungeachtet der Tatsache, daß aufgrund der ursprünglichen DDR-Haltung

(z.B. DTSB-Präsident Ewald beim IV. Deutschen Turn- und Sportfest am 5. August 1963 in Leipzig: "Ergänzend dazu möchte ich mit aller Klarheit feststellen, daß die Sportorganisationen Westberlins in keiner Weise Glieder der Sportorganisationen Westdeutschlands sind oder stillschweigend als solche behandelt werden können, weil Westberlin nicht zur Bundesrepublik gehört") die sportpolitische Ausgangslage kaum noch zu verschlechtern war, kritisierte DSB-Generalsekretär Karlheinz Gieseler, die politischen Verträge mit der DDR hätten die Situation im sportlichen Bereich nicht verbessert, sondern erschwert. Dagegen verwiesen Bundeskanzler Willy Brandt und der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner mit Bedacht und Klarheit auf die Notwendigkeit, Geduld und Festigkeit gleichermaßen wirksam werden zu lassen. Wenn nun ein den Deutschen Sportbund zufriedenstellendes Verhandlungsergebnis unter voller Einbeziehung von Berlin (West) erzielt wurde, hat Staatssekretär Gaus mit der Einschätzung recht, die Festigkeit der Bundesregierung habe auf der anderen Seite die Einsicht gefördert, das Kompromisse notwendig sind, wenn man die geschlossenen Verträge erfüllen will.

Das gegenwärtige Ergebnis der Sportbund-Verhandlungen ist zugleich ein Beweis für die totale Fehleinschätzung der innerdeutschen Sportpolitik durch die CDU/CSU. Die karge 17-Zeilen-Erklärung der CDU/CSU zu der Sportbund-Vereinbarung wird erst dann verständlich, wenn man berücksichtigt, daß noch in der Sitzung des Bundestags Sportausschusses am 13. Februar 1974 in Berlin der Unions-Sportsprecher Dr. Schöuble erklärt hatte, er zweifelte im Übrigen daran, daß es sinnvoll sei, die Verhandlungen in der gegenwärtigen Situation in die Hände des Sports zurückzugeben. Forderungen nach Abbruch der Sportbeziehungen zur DDR und den osteuropäischen Ländern sind in der sportpolitischen Negativliste der CDU/CSU auch keine Seltenheit.

Richtig ist, daß in den Detailvereinbarungen die "ganz großen" Erwartungen nicht voll befriedigt werden können. Das Verhalten der DDR-Sportführung wird aber auch durch die Glaubwürdigkeit gegenüber dem anderen deutschen Partner und den Weltspartverbänden tangiert. Die Erklärung von DTSB-Präsident, SED-ZK- und Volkskammermitglied Ewald: "Wir wollen Sportkontakte mit dem DSB, und da wir Nachbarstaaten sind, halte ich es durchaus für möglich, daß der Umfang der Beziehungen größer als mit vielen anderen nichtsozialistischen Ländern sein wird; und wenn sich unsere Vorstellungen realisieren lassen, wie wir sie von guten Sportkontakten haben, dann werden es vielleicht die größten dieser Art sein und die umfassendsten dieser Art", muß als Maßstab der weiteren Kooperationsbereitschaft der DDR gewertet werden.

(-/3.4.1974/ks/pr)

+ + +

Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Die zehn Punkte des Parteivorsitzenden

Der SPD-Vorsitzende und Bundeskanzler Willy Brandt hat am 2. April 1974 folgende Erklärungen abgegeben:

Gestützt auf den Wählerauftrag vom November 1972 und das Mandat des Hannoverischen Parteitages vom April 1973, in Übereinstimmung mit den Stellvertretenden Vorsitzenden Helmut Schmidt und Heinz Kühn und dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, und gestützt auf eine einmütige Meinungsbildung im Parteivorstand wende ich mich mit dieser Erklärung an alle Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

I.

Unsere Mitglieder und Freunde rufe ich dazu auf, sich durch die ernstesten und schwerwiegendsten Rückschläge dieser Wochen nicht entmutigen zu lassen. Durch intensive gemeinsame Anstrengungen können und müssen wir den Durchbruch zu neuen Erfolgen erzielen. Das setzt voraus: Wir müssen den Ursachen der Vertrauenseinbußen schonungslos nachgehen. Nur so werden wir neue Herausforderungen bestehen können.

Nichts wäre jedoch gewonnen, wenn falsche Konsequenzen gezogen würden. Deshalb in aller Klarheit: Die politischen Positionen der SPD, wie sie im Godesberger Programm, im Wahlprogramm 1972 und in der Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 dargelegt sind, gelten unverändert und sind für die gesamte Partei verbindlich. Allerdings müssen wir uns die erschwerten Bedingungen unserer politischen Arbeit bewußt machen und sie den Mitbürgern in verständlicher Sprache erklären. Wir müssen zu den Wählern gehen, uns mit ihnen aussprechen, ihre Sorgen ernst nehmen, auch Unzulänglichkeiten nicht verschweigen. Natürlich gibt es keine Erbpacht auf Mehrheiten; sie müssen durch Leistung und Glaubwürdigkeit immer wieder gewonnen werden.

Mein Rat und meine Bitte: Keines der schwieriger gewordenen Probleme unter dem Teppich kehren; vor Kampagnen der Vernebelung und Verängstigung nicht zurückweichen; sich zur Verantwortung als Regierungspartei bekennen; mit demokratischem Selbstbewußtsein um neues und verstärktes Vertrauen werben!

II.

Es gibt gewichtige objektive Ursachen für die Schwierigkeiten, mit denen wir deutsche Sozialdemokraten es gegenwärtig zu tun haben. Aber hier soll vor allem von dem die Rede sein, was wir als Partei selbst in Ordnung bringen können. Unsere SPD ist eine lebendige Partei und wird es bleiben. Die Grundsätze des Godesberger Programms stehen jedoch nicht

zur Disposition; sie gelten unverändert.

Wir sind - nach dem Grundgesetz und nach unserem eigenen Programm - ohne Wenn und Aber für die entschlossene Verteidigung und Weiterentwicklung des demokratischen Rechts- und Sozialstaates. Das bedeutet: Wir sind also für die klare Anwendung des Gesetzes überall - zumal dort, wo Sozialdemokraten Verantwortung tragen. Dies heißt auch: Wir stehen auf der Seite derer, die die Gesetze rechtsstaatlich anwenden. Wir werden uns nicht von den Fragen abbringen lassen, auf deren Beantwortung es im Interesse der Menschen ankommt. Hier nenne ich als konkrete Beispiele die Humanisierung der Arbeitswelt und den Ausbau der Mitbestimmung. Man muß allerdings deutlich sagen, daß manches verändert werden muß, wenn wir das Bewahrenswerte behaupten und verteidigen wollen.

Die theoretische Fundierung der Politik ist wichtig, aber die Partei ist kein Debattierklub, sondern sie ist verantwortlich für das Geschick eines großen Industriestaates. Innerparteiliche Diskussionen dürfen die politische Handlungsfähigkeit nicht lähmen. Selbstfabrizierte Verunsicherungen darf man nicht dulden oder begünstigen; sie müssen entschlossen abgewehrt werden. Eine "Doppelstrategie" gegen die eigene Partei und deren Politik darf es nicht geben. Sozialdemokratische Geschlossenheit bedeutet: Intern diskutieren und nach außen - unter Wahrung der Gewissensfreiheit und ohne imperatives Mandat - einheitlich auftreten! Die Mehrheitsmeinung der Partei hat Grundlage ihrer Öffentlichkeitsarbeit zu sein. Dies heißt aber auch, daß sozialdemokratische Politik durch Regierungsarbeit allein nicht durchzusetzen ist. Sie bedarf einer breiten in der gesamten Gesellschaft wurzelnden Bewegung.

### III.

Als Volkspartei sucht der demokratische Sozialismus seine Identität mit der Mehrheit des Volkes. Die SPD läßt sich von niemandem in die Klassenkampfvorstellungen des vorigen Jahrhunderts zurückdrängen, die der heutigen Zeit nicht mehr entsprechen. Ohne die Mitte gibt es in der Demokratie keine Mehrheit. Wer die Mitte preisgibt, opfert seine Regierungsfähigkeit. Sozialdemokratische Entschlossenheit bedeutet, die Mitte zu behaupten. Dazu gehört nicht nur das Wirken für die Arbeitnehmer und die geschichtlich begründete Freundschaft mit den Gewerkschaften. Dazu gehört ebenso die Offenheit für die selbständig Tätigen, die geistigen Berufe, die Beamten und Soldaten. Dazu gehört vor allem das Engagement für die Frauen und für den Ausgleich zwischen den Generationen - kurz: für die über Klassen- und Gruppeninteressen hinausreichenden allgemeinen Probleme unseres Volkes.

Wer meinen sollte, seine Pflichten gegenüber der Partei erschöpfen sich in häßlicher Kritik an der Partei und ihren Vertrauensleuten, sollte diese Kritik besser von außerhalb der Partei üben. Es ist erforderlich, sich von Einzelnen zu trennen, die die Godesberger Grundlagen und die Grundwerte des demokratischen Sozialismus verlassen, indem sie Aktionseinheiten mit Kommunisten praktizieren. Das gilt gleichermaßen für solche, die auf andere Weise die gebotene Solidarität verletzen. Wer eine andere Partei unterstützt, gehört nicht in die SPD.

### IV.

Unsere Partei muß intakt sein, um ihre Rolle in Staat und Gesellschaft spielen zu können. Nur so kann sie auch die - längerfristig notwendige - Kos-

lition mit den Freien Demokraten in entscheidendem Maße konstruktiv prägen. Die Zusammenarbeit in der sozial-liberalen Koalition ist durch Respekt und Loyalität geprägt. Beide Seiten müssen wissen, daß letztlich die gemeinsame Leistung zählen wird. Es besteht kein Zweifel daran, daß die nach der Wahl des Bundespräsidenten im Mai zwangsläufige Kabinetts-umbildung zu einer eindeutigen Bestätigung der Koalition führen wird. Überflüssiges Kriebsgerede sollte gerade auch auf diesem Gebiet aufhören.

#### V.

Was nun die "objektiven Faktoren" angeht: Eine hemmungslose Propaganda im Zusammenspiel zwischen Unionsparteien und interessierten Verbänden will uns für wirtschaftliche Entwicklungen verantwortlich machen, deren Ursachen vor allem außerhalb unserer Grenzen und unserer Einflußmöglichkeiten liegen. Den Bürgern wird suggeriert, es gehe ihnen immer schlechter und sie hätten von der Zukunft nichts Gutes mehr zu erwarten. Mitbeteiligt an der Irreführung sind solche "radikalen" Gruppen, die argumentieren, als ob wir es bei uns in der Bundesrepublik Deutschland mit unmenschlicher Ausbeutung wie zu Zeiten der ersten industriellen Revolution zu tun hätten. In Wirklichkeit wurden gerade durch das Wirken der Sozialdemokraten der freiheitliche Rechtsstaat errichtet und die Grundlagen für den fortschrittlichen Sozialstaat geschaffen.

Seit der Bundestagswahl im November 1972, verstärkt in den letzten sechs Monaten, sind weltwirtschaftliche Prozesse in Gang gekommen, deren Ausmaß weit über das hinausgeht, was man Energie-Krise nennt. Demagogische Propaganda versucht diese Vorgänge zu verachleiern und der sozialdemokratisch geführten Regierung die Verantwortung für die Folgen zu unterschieben. Die Bürger sollen also nicht informiert, sondern verängstigt werden.

Demgegenüber müssen wir dem Bürger sagen, wie es in der Welt jetzt aussieht, was in dieser Welt jetzt möglich ist und was nicht. Wir müssen das Mögliche tun und dies dem Bürger erklären. Auch wenn wir selbst und die Bürger sich nicht damit zufrieden geben können, bleibt es wahr: Die Bundesrepublik Deutschland braucht keinen Vergleich zu scheuen. Man braucht nur ausländische Zeitungen zu lesen, deren Einschätzung ist: Die Bundesrepublik Deutschland ist, im Vergleich zu anderen, wirtschaftlich, sozial und politisch stabil. In der Regierungsverantwortung werden wir uns weiterhin anstrengen, um in europäischen und internationalen Gremien gegen die ungünstig auf uns einwirkenden Faktoren anzugehen. Auch im Rahmen der eigenen Möglichkeiten darf das Bemühen um Vollbeschäftigung und Dämpfung des Preisauftriebs nicht erlahmen. Im Interesse der gebotenen Fortentwicklung unserer Volkswirtschaft bedarf es neuer Initiativen.

#### VI.

Unbeschadet der wirtschaftspolitischen Probleme werden die wichtigen innenpolitischen Vorhaben der sozial-liberalen Koalition zügig verwirklicht. Zu den Tatsachen, mit denen wir es zu tun haben, gehört jedoch, daß die Menschen aufgrund des raschen Aufstiegs von Wirtschaft und Einkommen ihre Erwartungshorizonte immer mehr ausgeweitet haben - häufig über das hinaus, was sich verwirklichen läßt. Fehlentwicklungen und Mißinter-

pretationen im Bereich der inneren Reformen müssen unter diesem Gesichtspunkt zurechtgerückt werden. Es gilt auch acht zu geben, daß nicht auf unverantwortliche Weise Erwartungen geweckt werden, die sich nicht erfüllen lassen.

Wir wollen Reformen, aber nicht um der Reform willen. Was wir brauchen, sind verantwortliche Veränderungen, damit in einer Zeit raschen Wandels Freiheit und Sicherheit des Bürgers nicht gefährdet, sondern ausgebaut werden. Verzicht auf Reformen bedeutet aber nicht sozialen Frieden, sondern Rückschritt, wachsende Spannung und Radikalisierung. Wer die Reform nicht will, wird, ob er das wünscht oder nicht, in gefährlicher Rückentwicklung enden.

Zu unserer Friedens-, Europa- und Bündnispolitik gibt es keine vernünftige Alternative. Daran ändern auch die Schwierigkeiten nichts, die im Ost-West-Verhältnis gerade auf deutschem Boden ihre Rolle spielen. Die Richtigkeit unserer Politik wird bis weit in die Reihen des innenpolitischen Gegners hinein anerkannt.

Innen- wie außenpolitisch gilt: Die als richtig erkannte Linie muß durchgehalten, sie muß breit und nachhaltig vertreten werden.

#### VII.

Wir müssen gerade jetzt die sachliche, aber offensive Auseinandersetzung mit den Unionsparteien führen und dürfen nicht zulassen, daß sie an allen wichtigen Fragen vorbeireden. Tatsache ist: Auf keine wesentliche Frage dieser Zeit hat die Opposition im Bundestag eine Antwort gegeben, die von der Union insgesamt getragen wird. CDU und CSU sind zerstritten. Maßgebende Kreise der Union bewegen sich auf einer arbeitnehmerfeindlichen Linie. Gleichzeitig besteht die Gefahr, daß die Opposition in ein nationalistisches Fahrwasser abdriftet und dadurch die gemeinsame Vertretung wirklich nationaler Belange erschwert.

Umso wichtiger muß es für uns sein, an einem ausgewogenen Reformkurs festzuhalten und einem Rückfall in mißverstandenen Konservatismus nicht nachzugeben. Der Erfolg der Union ginge auf Kosten des sozialen Fortschritts und der mitbürgerlichen Mündigkeit. Deshalb gilt schon jetzt: Alle Mann an Deck und die Gefahr abwenden!

#### VIII.

Vier Hinweise für die Partei, ihre Freunde und Wähler:

1/ Wir tragen diesen Staat. Alle Mitglieder und Freunde fordere ich auf, die Veranstaltungen aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Grundgesetzes aktiv mitzugestalten.

2/ Nachdrücklich bitte ich darum, unseren Freunden in Niedersachsen dabei zu helfen, daß sie die Landtagswahl am 9. Juni gut bestehen. Zusätzlich zu unseren anderen Terminen werden Herbert Wehner, Helmut Schmidt, Heinz Kühn und ich auf einer zentralen Veranstaltung in den niedersächsischen Wahlkampf eingreifen.

3/ Im Juni/Juli und im September werde ich, unterstützt durch die stellvertretenden Parteivorsitzenden und den Fraktionsvorsitzenden, auf fünfzehn Konferenzen in den verschiedenen Regionen der Bundesrepublik

mit den Ortsvereinsvorsitzenden unserer Partei zusammentreffen.

4/ Unabhängig davon bitte ich, in allen Bezirken auf die kontinuierliche Durchführung von Versammlungen der Ortsvereine zu achten: politische Situation erläutern, Klarstellungen treffen, eigene Arbeit überprüfen, Mitglieder aktivieren!

#### IX.

Weitere aktuelle Aufgaben der Partei: - Wahlergebnisse kritisch auswerten und für bevorstehende Auseinandersetzungen daraus Nutzenwendungen ableiten; - jene Stammwähler nicht vernachlässigen, die bei den Kommunalwahlen zum Teil zuhause geblieben sind, um ihrer Partei einen Dankzettel zu verpassen; - Arbeit in Bund / Ländern / Gemeinden straffen, auch personelle Schwächen erkennen und - ohne Mißachtung menschlicher Rücksichtnahmen - erforderliche Veränderungen treffen; - Arbeit der sozialdemokratischen Frauen besser unterstützen; - intensivere Gespräche mit Gewerkschaften: nicht nur Übereinstimmung in den Zielen verdeutlichen, sondern vor allem auch konkret darüber beraten, was wirtschaftspolitisch möglich und notwendig; - die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen fördern, in den Betrieben kontinuierlich arbeiten; - Selbständige nicht allein lassen, sondern aktiver Mitarbeit ermuntern; - mit Arbeitsgemeinschaft der Juso klären: Wie können Lehrlinge und Oberschüler mit Programm des demokratischen Sozialismus und Politik der SPD bekannt gemacht, wie können sie gegen andere Einflüsse gestärkt werden?; - Funktion von Arbeitsgemeinschaften verdeutlichen: Sie haben Arbeit der Partei zu unterstützen und dürfen nicht zur "Partei in der Partei" umfunktioniert werden.

#### X.

Einige unserer Freunde mögen sagen, wir hätten uns hier zu selbstkritisch geäußert. Ich hielt dies für erforderlich und meine, daß wir uns durch vorschnelle gegnerische Kommentare nicht beirren lassen sollten.

Die Parteiführung möchte, daß wir unsere Mitglieder und Sympathisanten dazu bewegen, stärker als in den letzten Monaten als Meinungsträger tätig zu werden. Dies allein wird schon starke Wirkungen haben.

Alle unsere Freunde müssen verstehen, wieviel von ihnen abhängt. Diese Zeit ist eine besondere Herausforderung für uns alle. Immer noch war unsere Partei denn am stärksten, wenn sie sich gefordert fühlte. Meine herzliche Bitte: Laßt uns erneut zeigen, was deutsche Sozialdemokraten zu leisten vermögen!  
(-/3.4.1974/hgy/ka/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller